

„mehr“, als „Beamter“ fühlt. Man kann diese Verwandlung des Empfindens beispielsweise deutlich beobachten, wenn ein Junge vom Betrieb ins Büro übernommen wird. Von diesem Augenblick an „fühlt“ sich der nunmehrige „Leistung“ alias spätere „Büroangestellte“ in einem gestrigen Stand enthoben, aufgerückt um eine Sprosse auf der Leiter des sozialen Standesunterschiedes. Welche Kluft von Empfindungen und Standesbewußtsein liegt zwischen dem Vorsteher eines kleinen industriellen Verwaltungsbüros, einem kommunalen Obersekretär und einem Werkmeister! Unüberbrückbare Standesunterschiede. Und dennoch — wessen Arbeit ist wohl die hochqualifiziertere?

Es ist sicherlich nicht unwillkürlich, daß unter dem Einfluß dieser gesellschaftlichen Unterbewertung des Trägers der industriellen Handarbeitskraft sich der Arbeiter als selbständiger, als von der Gesellschaft zurückgesetzter Stand zu fühlen begann, und daß der von Marx so unzutreffend auf die späteren Verhältnisse angewandte Sammelbegriff „Proletariat“ von weiten Teilen der Arbeiterschaft aufgegriffen wurde. Daß sich in Reaktion auf die übrige Gesellschaft die Stand werdende Arbeiterschaft auch als „Proletariat“ zu fühlen begann. Hier kommt ganz ohne Zweifel einer der folgenschwersten Begriffsirrtümer zum Ausdruck, der jemals in Anwendung auf eine soziale Kategorie seine Zeit in Vann gezogen hat. Aus diesem Irrtum entstand schließlich auch die so unglückselige Ericologie der gesellschaftlichen Standcharakterisierung: Kapitalist — Bourgeoisie — Proletariat.

Hier hat man, besonders in den letzteren beiden Kategorien, es häufiger unternommen, einen gewissen Ausgleich zu schaffen, wenigstens in den untersten Schichten. Man hat versucht die unteren und gewisse mittlere Stufen der wirtschaftlichen Angestellten und entsprechende Teile des Beamtenkörpers an die Arbeiterschaft heranzuziehen, ihnen die Interessengemeinschaft und die Vorteile der Solidarität mit der Arbeiterschaft gegen das Kapital zu beweisen. Man hat in diesem Streben auch Resultate erzielt, gewisse Bindungen zustande gebracht, aber — das, worauf es ankommt, den Ausgleich im sozialen Empfinden herzustellen, das ist nicht gelungen. Der Beamte, und sei er noch so unbedeutend, fühlt sich nicht eins mit dem Arbeiter, denkt nicht, wie der Arbeiter. Und umgekehrt fühlt sich der Arbeiter in erster Linie als Arbeiter, erst daran reißt sich alles andere. Das sind die letzten Gründe, warum alle auch vernunftgemäß noch so einleuchtenden Zusammenschluß-Motivierungen von einer immer wieder plötzlich hervortretenden Auffassungsverchiedenheit durchbrochen werden, von gefühlsmäßigen Anschauungen, die eben allein aus der Verschiedenartigkeit des Empfindens und der Perspektive entspringen können.

Was wir hier in seinen fortschreitenden Auswirkungen und bereits im Zeichen einer wiederum einsetzenden Reaktion gesehen haben, das ist eine der verhängnisvollsten Konsequenzen der gesellschaftlichen Unterbewertung der Handarbeit und seiner Träger. Das ist zum anderen die Reaktion, die sich auf Grund dieser Unterbewertung in dem neuen Stand der „Arbeiterschaft“ herausgebildet hat. Ohne die gesellschaftliche Minderbewertung der Handarbeiter während des verfloffenen 19. Jahrhunderts wäre der Unterschied: Bourgeois — Proletariat wahrscheinlich nicht in der späteren Form eingetreten, wäre der Kampf des aufsteigenden Standes der Arbeiter gegen das in Abwehr tretende, seine Privilegien als Reservatrechte verteidigende Bürgertum in vielen Phasen vermeidbar gewesen, hätte die Auffassung: Kapital wider Arbeit sich in der heutigen Form nicht herauskristallisiert. Denn — Was sich hier in der Entwicklung begeben hat, das war vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus gesehen falsch, falsch, wie die Voraussetzungen, von denen diese Entwicklung ihren Ausgang nahm. Der Fortgang unserer Unterjochung wird das lehren.

Dr. Rüpper.

Kartellmißstände.

Herr Geheimrat Käst hat auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie bemerkenswert weitestgehende Ausführungen über die deutschen Kartelle gemacht. Er forderte einen Abbau der letzten „Kartellpolizei“ zugunsten einer größeren Bewegungsfreiheit des Organisationsbedürfnisses. Die Kartelle hätten sich von den Preiskartellen alten Schlages zu „Kalkulationskartellen“ entwickelt und förderten vornehmlich die Qualitätsarbeit. Daß die Kartelle in den letzten Jahren sich keineswegs von monopolistischen Preiskartellen zu Kartellen der Qualitätsarbeit umgestellt haben, und daß eine „Kartellpolizei“ doch wohl noch nötig ist, beweisen drei Fälle der jüngsten Vergangenheit.

Schon wenige Tage nach Kästs Vortrag hat der Leiter eines der größten deutschen Zeitungsverlage, Dr. Martin Carbe, Aufsehen erregende Enthüllungen über den Verband deutscher Druckpapierfabriken gemacht. Dr. Carbe bezieht sich auf einen ihm vorliegenden „Bericht über die Vorgänge, die auf die Festsetzung der Druckpapierpreise wesentlichen Einfluß haben“. Aus diesem Bericht geht hervor, daß der betreffende Verband im Jahre 1924/25 Bilanzen herausgegeben habe, die mit Veranschlagungen abge-

schlossen haben. Ein zu dem Syndikat gehöriger Fabrikant habe diesen Bilanzen widersprochen und in der Generalversammlung der Gesellschaft im März 1926 die beantragte Entlastung verweigert. Der verweigernde Gesellschafter habe dem Papierkartell nachgewiesen, daß ein Reingewinn von über 8 Millionen erzielt worden sei. Auf die Behauptungen des Gesellschafters hin habe der Verband deutscher Druckpapierfabriken im Jahre 1926 beschlossen, aus den „stillen Reserven“ eine Ausschüttung in Höhe des dreieinhalbfachen Betrages des Gesellschaftskapitals vorzunehmen, außerdem habe der Verband das Gesellschaftskapital, das zu Beginn des Jahres 1925 922 300 G.M. betragen habe, bis zum 31. März 1927 auf 3 034 200 G.M. erhöht und das erhöhte Kapital an die bisherigen Syndikatsteilhaber ohne Gegenleistung gegeben, d. h. also, jedem Anteilhaber das Kapital kostenlos verdreifacht und diese Operation lediglich im Wege der Umbuchung vollzogen, d. h. in den Jahren der Unterbilanz eine Ausschüttung von 330 % Dividende und kostenlose Verdreifachung der Stammanteile.

Rein Beispiel hätte wohl so treffend beweisen können, daß die Öffentlichkeit von den Vorgängen innerhalb der Kartelle so gut wie nichts weiß. Die Forderung Kästs nach Publizität der Kartelle kann man daher nur unterstreichen. Die hier angeführte Enthüllung offenbart leider nicht, wie stark die deutsche Volkswirtschaft durch den Preisdruck dieses Kartells betroffen wird.

Ein gutes Beispiel für volkswirtschaftlich schädliche Preismaßnahmen bietet das deutsche Zündholzmonopol. Der Aufsichtsrat des Verkaufssyndikats hat beschlossen, daß ab 15. September des Jahres in Deutschland nur noch zwei Sorten von Zündhölzern zum Verkauf kommen. Sogenannte „Haushaltszündhölzer“, deren Ladenpreis nicht über 25 Pfg. liegen soll, und „Weltzündhölzer“ in besonderer Qualität zu einem Richtpreis von 35 Pfg. „Durch die Vereinheitlichung der Verpackung wird eine bedeutende Vereinfachung und durch die Festsetzung einer Preisobergrenze von 25 Pfg. für Haushaltszündhölzer für diese Marke eine erhebliche Verbilligung erzielt, heißt es in dem offiziellen Bericht. Bekanntlich kosten heute Zündhölzer — ein Paket mit 10 Schachteln — 23 Pfg., so daß also die neuen Richtpreise nichts anderes als eine verschleierte Preiserhöhung darstellen. Dabei ist auch der Qualitätsunterschied der Hölzer je nach der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Firmen zu berücksichtigen. Der Käufer wird in Zukunft gute und schlechte Hölzer mit hohen Preisen bezahlen müssen. Wo die „erhebliche Verbilligung“ zu suchen ist, bleibt dahingestellt.

Eine unglückselige Rolle spielen ferner in der deutschen Wirtschaft die Preise der kartellierten Zementindustrie. Die Zementpreise bewegen sich seit Jahren über dem Großhandelsindex und über dem Bankkostenindex und belasten die deutsche Bauindustrie ganz gewaltig. Das hat dazu geführt, daß im Laufe des Jahres Außenfirmen gegründet wurden. Da die Zementindustrie von jeher bestrebt war, ihr künstliches Bodenmonopol durch eine geschickte Aufkaufspolitik neu entdeckter Kalkbänne zu erhalten, so kann nicht wundernehmen, daß jetzt die Verbände Aufkäufe und, was besonders verwerflich ist, sogenannte „Abriegelungskäufe“ vorgenommen haben, d. h. es wurde z. B. in gewissen Fällen planmäßig Land gekauft, um den neuen Fabriken den Weg zum Verschiffungsort abzuschneiden. Diese Taktik zwingt selbstverständlich zur unrichtigen Festlegung von größeren Kapitalanlagen, deren Verzinsung die Verbandspreise weiter beeinflusst.

Diese Beispiele zeigen mit aller Deutlichkeit, daß Kästs Kampf gegen die Kartellpolizei, der wohl als eine Antwort auf die Forderungen der Gewerkschaften nach Ausbau der Kartellkontrolle anzufassen ist, die Wirklichkeit verkennt.

Die Eingabe der Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften vom Februar dieses Jahres fordert bekanntlich, daß zur Sicherung der Interessen der Gesamtwirtschaft gegenüber der Geschäftspolitik der monopolartigen Unternehmerorganisationen eine verstärkte Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Wirtschaftsführung geschaffen wird. Vertreter der Arbeitnehmerschaft sollen in solche Organisationen entsandt werden, und außerdem soll eine ständige öffentliche Kontrolle durch ein sogenanntes Kontrollamt stattfinden. Bekünde dieses Amt bereits und wäre es mit der gleichfalls geforderten Befugnis eines Untersuchungsrichters ausgestattet, so brauchte die Öffentlichkeit nicht im unklaren über die Preispolitik der Papierfabriken, des Zündholzmonopols und der Zementverbände usw. zu bleiben. Es kann kein Zweifel bestehen, daß nur diese Maßnahmen die Kartellswüste bekämpfen können. Eine größere Bewegungsfreiheit wäre volkswirtschaftlich gesehen ein Unglück.

Sonderbare

Bergebungs-Methoden.

Wie es nicht gemacht werden darf, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, zeigt das Verhalten mancher öffentlicher Verwaltungsstellen bei Vergebung von Schreinerarbeiten.

Am 2. März 1927 wandte sich die Verwaltungsstelle Dortmund an das Reichspostministerium mit der Bitte, daß dortselbst veranlaßt werden möge, im Interesse der arbeitslosen Schreiner die Schreinerarbeiten für

den Neubau des Telegraphenzeugamtes baldigt zu vergeben. Das Telegraphenzeugamt Dortmund, ein großes Verwaltungsgebäude, war bereits im Jahre 1924 begonnen. Annähernd die Hälfte des Gebäudes wurde im Jahre 1926 bezogen. Der restliche Teil des Baues war im Herbst 1926 soweit fertiggestellt, daß sämtliche Schreinerarbeiten vergeben werden konnten. Man hatte die Fenster säuberlich verschalt und wartete in aller Gemütsruhe den Termin ab, zu dem der Bau bezogen werden sollte. Plötzlich, im Monat März, vergibt man die Fenster mit einem Liefertermin von 28 Tagen, die übrigen Innenschreinerarbeiten wurden immer noch nicht vergeben. Am 1. Oktober ds. Js. sollte der Bau bezugsfähig sein. Einige Wochen vor dem Bezügen des Neubaus erinnert man sich, daß noch Schreinerarbeiten gemacht werden müssen. Die Arbeiten werden mit kurzem Liefertermin vergeben. Die Schreiner müssen Überstunden klopfen bis spät in die Nacht hinein. Sonntag, den 18. u. 23. September, wird den ganzen Tag gearbeitet, damit ja wieder gutgemacht wird, was der heilige Bürokratismus versäumt hat. Prüft man bei diesem Bürokratismus nach, welches die Gründe der Hinausschiebung derartigen Arbeiten sind, so heißt es, aus sachlichen Gründen. Und welche sachlichen Gründen sind es?

Die Regierung bewilligt bekanntlich nach Voranschlag die bestimmte Bau Summe, nehmen wir an, 5 Millionen Mark, es stellt sich dann heraus, daß bei Fertigstellung des Baues im Rohbau sowie sonstigen notwendigen Arbeiten, das Geld nicht ganz reicht für die Bezahlung der Schreiner- und Anstreicherarbeiten, dann ergeben sich die sachlichen Gründe, weshalb die Arbeit nicht vergeben werden kann. Weil kein Geld bewilligt ist. Kein Mensch wird so naiv sein und glauben, die Arbeit würde nicht fertiggestellt, der heilige Bürokratismus stellt dieses aber in seine Rechnung, und ist inzwischen der Amtschimmel wieder flott gemacht und das weitere notwendige Geld bewilligt, können auch die Arbeiten wieder beginnen. Dann kommen kurze Liefertermine, die Gehilfen können Überstunden machen. Sobald die Arbeit fertig ist, werden sie wieder der Erwerbslosensfürsorge überwiesen, wo bekanntlich die sachlichen Hindernisse zur Selbstbewilligung nicht vorliegen.

So etwas nennt man an Regierungsstellen dann: die Wirtschaft wird gehoben. Es ist dieses nicht der erste Fall an dem Neubau des Telegraphenzeugamtes. Bereits im Winter 1925/26 haben wir uns an das Reichspostministerium gewandt, mit dem Ersuchen, für die erste Hälfte des Neubaus die Schreinerarbeiten zu vergeben. Der Gang der Dinge war doch im wesentlichen genau so, wie im Jahre 1927.

Beim Postweiterungsbau in Lütgendortmund wandten wir uns bereits Anfang April ds. Js. an die zuständige Stelle, man möge, um auch hier die Arbeitslosigkeit im Schreinerergewerbe zu beheben, die Schreinerarbeiten recht bald vergeben. Ende Juli 1927 werden die Offerten ausgeschrieben, am 4. August 1927 wird der Auftrag für die zu liefernden Fenster und Türen vergeben. Liefertermin für die Fenster wird für Mitte August festgesetzt, für die Türen so, daß dieselben bis zum 20. August fertig eingesetzt sein müssen.

Jede Bemerkung ist hierzu überflüssig. So wie es hier bei der Postverwaltung aussieht, sieht es in anderen öffentlichen Körperschaften ähnlich aus, man braucht nur die Liefertermine, welche das preussische Hochbauamt sowie auch die kommunalen Bauämter nach dieser Seite hin vorschreiben, nachzuprüfen. Auf der einen Seite gibt man an, die Arbeitslosigkeit durch Schaffung von Arbeiten zu beheben und schafft reichsgesetzliche Regelung in der Arbeitszeitfrage, auf der anderen Seite stellt man Rekordleistungen in Lieferterminen auf und zwingt somit die Arbeiterschaft zur Leistung von unzähligen Überstunden. Sieht es in der staatlichen Verwaltung so aus, dann mit anderer Farbtonung bei unseren Privatarchitekten daselbe.

Bekannt ist durch den Rundfunk Dortmund-Langenberg-Münster das Café Corso in Dortmund; dieses Café wird umgebaut. Die Gesamtsumme des Umbaus, ein Voranschlag von 750 000 Mark, also ¾ Millionen.

Sonntag, den 11. September, ist das Café noch vollauf im Betrieb, Montag, den 12. September fängt der Umbau an. Am Samstag, den 24. September, soll bereits wieder eröffnet werden. Am Boden sieht man noch den Maurer und den Betonarbeiter. Unter der Decke den Maler, welcher die Decke mit Goldblatt belegt, daneben den Fliesenleger, den Marmorarbeiter, den Tischler, welcher die Paneele und die Vertäflung anbringt (Rußbaum furniert). Tag und Nacht müssen die Leute arbeiten. Ist die Arbeit fertig, steht ihnen das Arbeitsamt zur Verfügung. Die Stempelparte gehört ja schon zu dem dauernden Bestand unserer armen, gequälten Kollegen. Ist die Rationalisierung oder ist es nicht der Raubbau an Geist und Körperkraft des Menschen im übelsten Sinne des Wortes? Raubbau an der Familie, wenn so mit dem Arbeiter wie mit einer Figur auf dem Schachbrett gespielt wird? Es ist die allerhöchste Zeit, daß hier nach dem Rechten gesehen wird. Voraussetzung für eine allgemeine Besserung ist doch, daß unsere öffentlichen Körperschaften mit einem guten Beispiele vorangehen, und der Erfolg wird sich recht bald dahin auswirken, daß auch wieder mehr Vertrauen zwischen Verwaltung und Bürgertum Platz greift. J. S.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 23.—29. Oktober 1927 der 43. Wochenbeitrag im Jahre 1927 fällig ist.

Abrechnungen für das III. Vierteljahr 1927.

Diesemigen Zahlstellen, die ihre Abrechnung noch nicht eingekandt haben, mögen bedenken, daß durch die unpünktliche Erledigung der Abrechnung in den Zahlstellen, auch die Gesamtabrechnung des Verbandes erschwert wird.

Aus den Verbandsbezirken.

Bezirkskonferenzen im Frankfurter Bezirk.

Am Sonntag, den 9. Oktober sowie am Sonntag, den 16. Oktober, fanden für den Gau Frankfurt Herbstkonferenzen statt, und zwar am 9. Oktober in Frankfurt für den nördlichen Teil und am 16. Oktober in Mannheim für den südlichen Teil des Gau's.

Zweck der Konferenzen war, zunächst den Vertretern der Zahlstellen Bericht zu geben über den Stand des Verbandes und über die geleistete Arbeit im Bezirk. Des weiteren sollten jedoch in der Hauptsache für die notwendigen Herbst- und Winterarbeiten im Bezirk den Kollegen Anregungen gegeben werden.

Bei der Konferenz in Frankfurt waren 16 Zahlstellen vertreten. Von der Zentrale war Kollege Kurt Schmidt anwesend. Im 1. Punkte der Tagesordnung berichtete Gauleiter Heck über Stand des Verbandes im Bezirk — unsere nächsten Aufgaben. Der Bericht zeigte neben manchen Schattenseiten auch Lichtblicke für die Zukunft. Erst jetzt kommt bei vielen Kollegen, durch größte Not erzwungen, die Einsicht von der Notwendigkeit starker Berufsorganisationen. Die Mitgliederentwicklung zeigt auch stetes Aufsteigen. Wert muß gelegt werden auf stärkere Erfassung der Facharbeiter, diese bilden den Sturmtrupp, der die Erfolge für die ganze berufsjugehörige Arbeiterschaft im wesentlichen herausholt. Zu beklagen ist, daß insbesondere die Arbeiter der Sägewerksindustrie zum großen Teil ihrer Berufsorganisation noch fremd gegenüberstehen, zum eigenen Schaden und zum Schaden der Berufskollegen. Aufgabe für die Zukunft muß sein, intensiver und planvoller für unseren Verband zu arbeiten. Die bereits in der Vergangenheit erzielten Erfolge unserer Arbeit zeigen, daß unsere Bemühungen nicht vergebens waren. Daß die Arbeiterschaft in ihren Zielen noch nicht weiter gekommen ist, kann sie den Indifferenten verdanken. Anschließend an den Bericht über die Lage im Bezirk berichtete Kollege Heck noch über die Reichskonferenz in Königswinter.

Den Mittelpunkt der Tagung bildete ein Referat des Kollegen Kurtscheid, Köln, über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der heutigen Zeit. Das Ziel unserer Arbeit ist die wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Lohnarbeiterstandes. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir die Mithilfe aller Berufskollegen. Hinweisend auf die zurzeit akute Frage der wesentlichen Verbesserung der Beamtenegehälter, verlangte Kollege Kurtscheid, daß die Beamtenerschaft redet, auch sich Sorge mache über die doch viel größere Not des Lohnarbeiterstandes. Wir müssen in Deutschland zu einer besseren Bewertung der Handarbeit kommen. Im Holzgewerbe haben wir in der Hauptsache Qualitätsarbeiter, an welche große Anforderungen gestellt werden. Wir müssen verlangen, daß die Entlohnung der Qualitätsarbeiter ihren Leistungen entspricht. Alle Kraft muß in der Folgezeit daran gesetzt werden, den Zusammenschluß aller Berufsangehörigen zu erreichen. Der Gewinnung der Jugend muß größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Arbeiten wir in diesem Sinne, dann bleibt der Erfolg nicht aus.

Die Aussprache der Kollegen zeigte, daß allen Schwierigkeiten zum Trotz die Kollegen in dem vorgezeichneten Sinne arbeiten wollen. An die Vertreter der Gewerkschaften in den politischen Parteien sei die Mahnung gerichtet, bei gesetzgeberischen Maßnahmen, welche die Arbeiterschaft materiell belasten, eingehender zu prüfen, ob dieselben von der Arbeiterschaft überhaupt getragen werden können.

Zu der Konferenz in Mannheim hatten 17 Zahlstellen Vertreter entsandt. Als Vertreter des Zentralvorstandes war Kollege Scheuble, Köln, erschienen. Die Tagesordnung war die gleiche wie am vorhergehenden Sonntag in Frankfurt. Anschließend an die Berichterstattung der Gauleitung referierte Kollege Scheuble über die Lage des Verbandes sowie über unsere Aufgaben in der kommenden Zeit. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen. Die Massen der Gewerkschaftler, welche uns in der Nachkriegszeit zugeflossen, nach einigen Jahren jedoch wieder abgewandert sind, hatten noch nicht erfasst, was es heißt, Gewerkschaftler zu sein. Die Scheinerfolge in der Inflation hatten dieselben betört, während sie die heute erkämpften Erfolge, die doch realer sind, nicht erkennen wollen. Wir leben nun heute die Umkehr mancher Kollegen. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu

sorgen, daß diese Umkehr stetig bleibt. Ein großes Ziel haben wir uns in unserer Bewegung gesetzt. Insbesondere gilt es in nächster Zeit, die bessere Bewertung der Handarbeit zu erreichen. Die Bewertung eines Standes wird sehr stark im Leben davon abhängig sein, ob er besitzend ist oder nicht. Darum darf unsere Forderung nach höheren Löhnen auch nicht nur vom Standpunkte der Bedarfsdeckung aus beurteilt werden. Durch die gewerkschaftliche Arbeit ist in der Vergangenheit viel erreicht worden. Wenn wir das Erreichte richtig bewerten, so ergibt sich daraus auch der erforderliche Antrieb für unsere weitere Arbeit. War unsere Arbeit in der Vergangenheit erfolgreich, so können wir auch daran glauben, daß wir in der Zukunft mit Erfolg unsere gewerkschaftlichen Aufgaben erfüllen.

Auch in Mannheim war bei der Aussprache festzustellen, daß die Möglichkeiten für weitere Fortentwicklung im Bezirk bestehen. Den Willen zur Mitarbeit an dieser Fortentwicklung bekundeten alle Kollegen. Hingewiesen wurde auf die Schwierigkeiten, welche der Auswirkung der einzelnen Zahlstellen entgegenstehen durch zu starke Begrenzung ihrer Finanzen.

Abschließend kann nun gesagt werden: Wir alle, an der Konferenz Beteiligten haben gesehen, daß unsere Aufgabe noch groß ist. Es bedarf darum der Kraftentfaltung aller Kollegen und jeder Zahlstelle, um unsere Bewegung für die gestellten Aufgaben zu



Die berufliche Tüchtigkeit des einzelnen Arbeiters schafft die besten Voraussetzungen für den Aufstieg des ganzen Arbeiterstandes.

Was geschieht von Dir selbst, um Deine beruflichen Kenntnisse zu erweitern?

Bist Du Bezahler unserer Fachzeitung?

Handwerkskunst im Holzgewerbe

Die Handwerkskunst will Dir den Weg zur beruflichen Tüchtigkeit zeigen, sie will Dir Beraterin und Helferin sein.

Bestelle die Fachzeitung darum sofort bei der Geschäftsstelle des Verbandes in Köln, Denloerwall 9.



stärken. Die Agitation muß intensiv und planvoll durchgeführt werden. Besonderes Augenmerk wollen wir auf die Gewinnung der Jugend richten. Hier kann gesagt werden, daß es alle Teilnehmer der Konferenz mit besonderer Freude erfüllte, daß auf den Konferenzen die Hälfte der Teilnehmer junge Kollegen waren. Möge nun auch die Mitarbeit aller jungen Kollegen einsetzen. Gerade die Jugend sollte stets danach streben, die Gleichgültigkeit in gewerkschaftlichen Dingen zu beseitigen. Die kommende Zeit wird uns, wenn wir unseren Zielen zustreben, wohl große Kämpfe bringen. Schaffen wir die Voraussetzungen für ein gutes Gelingen unserer Kämpfe, dann ist unsere Arbeit nicht vergebens.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bonn. Auf Samstag, den 15. Oktober 1927, hatte der Vorstand die Mitglieder zu einem Familienabend eingeladen. Anlaß zu dieser Feier war einmal, die 25jährige Mitgliedschaft der Kollegen Wellmann und Pangel festlich zu begehen, und weiter, unsere Jugendgruppe öffentlich einzuführen. Dabei sollte die Wimpelweihe für die Jugendgruppe vorgenommen werden. Die Zusammenkunft der Festfolge an diesem Abend vereinigte so glücklich die Ehrung alter verdienster Gewerkschaftspioniere mit der Aufforderung an die Jugend, es ihnen gleich zu tun. Trotz der kurzen Vorbereitung wurde der Gedanke bei den Kollegen freudig aufgenommen, und alle wetteiferten miteinander, zur Verschönerung des Festes beizutragen. Alle Darbietungen des Abends, poetische, musikalische und gesangliche Vorträge, wurden ausschließlich von den Mitgliedern bestritten.

Nach kurzer Begrüßung leitete ein sinniger Prolog, verfaßt von der Schwester eines Kollegen, zum eigentlichen Fest über. Der Kollege Deuk behandelte in kurzer und bündiger Form Werdegang, Zweck und Ziel unseres Verbandes und betonte insbesondere die Verdienste, die sich beide Jubilare für die Zahlstelle Bonn erworben haben. Beide haben den Aufbau unserer Zahlstelle von kleinsten Anfängen an miterlebt und in hohem Maße gefördert. Der Kollege Wellmann als langjähriger Vorsitzender ist einer derjenigen gewesen, die den christlichen Gewerkschaftsgedanken hier in Bonn praktisch zur Anwendung zu bringen berufen waren. Nicht nur für die Holzarbeiterschaft, für die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung bedeutete der Kollege Wellmann lange Jahre hindurch ein Programm. Obwohl Wellmann später seine Tätigkeit als Schreiner aufgab und in die Dienste der Konsumgenossenschaftsbewegung trat, hat er sich nach wie vor der Mitarbeit im Verbands- und in der Arbeiterbewegung gewidmet. Auch der Kollege Pangel, der Jahre hindurch die Kassengeschäfte der Zahlstelle führte, hat in unermüdlicher, oft mühseliger Tätigkeit, den Grundstock für die heutige blühende Zahlstelle gelegt. Gerade als Kassensführer ist er sich immer der hohen Verantwortung bewußt gewesen, die die Verwaltung fremder Gelder erfordert. Mit dem Kollegen Wellmann war Pangel in all den Jahren bemüht, der Holzarbeiterschaft den christlichen Gewerkschaftsgedanken nahe zu bringen, und hat selbst nicht uner-

hebliche Opfer für die Bewegung im Laufe der Jahre gebracht. Auch er ist nicht mehr als Schreiner tätig, er bekleidet seit längerer Zeit schon eine Stelle in der Krankenversicherung. Trotzdem beide Kollegen Vorteile durch ihren Berufsverband kaum mehr erwarten konnten, haben sie immer in alter Anhänglichkeit ihrem Verband die Treue bewahrt. Dafür, für ihre Tätigkeit, für ihre Opferbereitschaft, für ihr unentwegtes Festhalten am christlichen Gewerkschaftsgedanken sollen wir ihnen Dank und Anerkennung am heutigen Abend. In jubelnder Ovation wurde beiden Kollegen dieser Dank dargebracht und im Anschluß daran ihnen Ehrenurkunden und Silberabzeichen überreicht.

Der Kollege Schick-Köln nahm als Zentralvorstandsmitglied und Reichsjugendleiter das Wort zur Jugendfrage und zur Wimpelweihe. Er stellte die Notwendigkeit und Bedeutung der Jugendfrage auch für unsern Verband in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Die Jugend ist die Zukunft des Volkes, die Jugend, der Lehrling von heute ist der Geselle und Mistreiter von morgen. Wenn wir als gewerkschaftliche Organisation nicht verkümmern wollen, wenn wir nach wie vor frisches, frohes Leben auch in unserm Berufsverbände behalten wollen, können wir auf die Mitarbeit der Jugend nicht verzichten. Die Begeisterung, der Eifer der Jugend, sind für die Weiterentwicklung und für den Fortbestand unseres Verbandes ebenso notwendig, wie die Einsicht und weise Erfahrung des gereiften Alters. Notwendig sei vor allem auch eine gute Berufsausbildung. Diese erst befähigt den jungen Menschen, im späteren harten Lebenskampf seinen Mann zu stehen. Nur werktätige, berufsfreudige Männer werden in der Lage sein, die Aufgaben zu erfüllen, die die Zielsetzung der christlichen Arbeiterschaft erfordern. Dann nahm Kollege Schick Bezug auf den zu wehenden Jugendwimpel. Auf der einen Seite auf weißem Grunde zeigt dieser das Schreinerwappen und abgekürzt den Namen des Verbandes. Auf der anderen Seite auf blauem Grunde das Wappen der Heimatstadt. Wenn auf der einen Seite Berufsstolz, Berufsfreudigkeit, Werkstücklichkeit und Zielstrebigkeit ihre Ver sinnbildlichung finden, dann auf der anderen Seite Heimat- und Vaterlandsliebe. Heimat- und Vaterlandsliebe werden begründet durch das Elternhaus. In diesem erfolgt die Erziehung des jungen Menschen, in diesem soll der junge Mann seinen sichersten Hort erblicken. Die Familie ist die Urzelle der Gemeinde und des Staates. Darum sollen unsere jungen Menschen den Eltern immer Liebe und Achtung entgegenbringen, sollen eingedenk sein des Schriftwortes „Ehre Vater und Mutter!“ In diesem Sinne überreichte der Kollege Schick den Wimpel dem Jugendleiter, Kollegen Augstein, mit der Bitte, die Fahne in Ehren zu halten, für sie zu werben, für sie zu kämpfen.

Gesangsvorträge von Fräulein Raaf, der Schwester eines Kollegen, die mit schöner Einfühlung „Spirito sancto“ und „Rheintreu“ vortrug, sowie die Volkslieder durch unsere neugegründete Gesangabteilung, die sich vorwiegend aus Lengsdorfer Kollegen zusammensetzte, und Instrumentalvorträge, die ebenfalls durch Kollegen ausgeführt wurden, verschönten die ganze Feier. Den humorvollen Teil des Abends bestritten vorwiegend unsere Jungens, und es herrschte am Schluß nur eine Stimmung: Der Abend war wohl gelungen, auf baldiges Wiedersehen!

Sterbetafel.

Jakob Glad, Drechsler, 81 Jahre, Billigen.
Maria Schae, Holzarbeiterin, 54 Jahre, Ravensburg.
Paul Kaffer, Masch.-Arbeiter, 66 Jahre, Schweidnitz.
Josef Kern, Masch.-Arbeiter, 45 Jahre, Neuforg.
Karl Krupke, Tischler, 66 Jahre, Hamm.

Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Christliche Gewerkschaftsinternationale.

Am 5. und 6. Oktober tagte in St. Gallen (Schweiz) der Vorstand der christlichen Gewerkschaftsinternationale unter dem Vorsitz von Nationalrat Josef Scherrer. Vertreter der belgischen, deutschen, französischen, holländischen, österreichischen, schweizerischen und ungarischen christlichen Gewerkschaften wohnten der Sitzung bei. Der Vorstand nahm Berichte über die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsvertreter in der Weltwirtschaftskonferenz und in der 10. Arbeitskonferenz entgegen. Der Vorstand beschloß, den 4. internationalen Kongreß der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1928 abzuhalten. Der Leitende Ausschuß wurde mit der weiteren Vorbereitung des Kongresses beauftragt. Nach einem Meinungsaustausch über die Fragen der Rationalisierung und der Konzentration in der Wirtschaft wurde beschlossen, diese Probleme als Hauptberatungsgegenstände auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen. Der Vorstand hat eine Kommission für Arbeiterinnenfragen eingesetzt, welche aus Fräulein Baers (Belgien), Ammann (Deutschland) und Lafeuille (Frankreich) besteht. Dem Ausschuß sollen Sachverständige aus mehreren Ländern beigegeben werden. Der Vorstand hat den Leitenden Ausschuß beauftragt, eine besondere Kommission für Wanderungsfragen einzusetzen.

Rundschau.

Arbeiterlächer und Beamtenbefolgung.

In einem Vortrage, den Stegerwald vor kurzem in Paderborn hielt, sagte er u. a. folgendes: „In Arbeiterkreisen sagt man, daß nach amtlichen Fest-

stellungen an Hand der Beiträge zur Invalidenversicherung 6,3 Prozent der Arbeiter nicht über 6 Mark, 6,5 Prozent nicht über 12 Mark, 20,2 Prozent nicht über 18 Mark, 12,5 Prozent nicht über 24 Mark, 9,4 Prozent nicht über 30 Mark und nur 34,7 Prozent über 30 Mark die Woche verdienten. Die Arbeiter haben an sich nichts gegen eine angemessene Erhöhung der Beamtensoldung; sie wehren sich aber gegen die Behauptung kapitalistischer Blätter, daß die Arbeiter den Beamten lohnpolitisch vorausgeht seien und die jetzige Beamtensoldungsreform lediglich den Ausgleich bringe. Demgegenüber sagt man, die Beamten hätten Ende 1924 einen Gehaltszuschlag von 10 bis 12,5 Prozent, bei den großen Mietssteigerungen der letzten Jahre stets automatisch eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses und in den Jahren 1925 und 1926 je eine Weihnachtsgatifikation erhalten; Zuwendungen, um die die Arbeiter schwere Kämpfe führen mußten. Weiter wenden sich die Arbeiter dagegen, daß bei Beamtensoldungen ein Wettrennen der politischen Parteien um die Gunst der Beamten stattfindet, während maßgebende Vertreter in den gleichen Parteien es ganz in der Ordnung finden, daß in Deutschland die am schwersten arbeitenden Menschen, nämlich die Arbeiter in der Großindustrie, seit Jahren die längste Arbeitszeit in Europa aufzuweisen hatten (die 12-Stundenarbeit), und die Bergarbeiter in vielen Bergbaubezirken noch nicht einmal an ihrem Friedensreallohn angelangt sind. Gegen die Forderung dieser Arbeiterschichten wird ständig angekämpft mit dem Hinweis, daß die Wirtschaft größere Belastung nicht tragen könne. Für die Befriedigung anderer Ansprüche dagegen seien stets Millionen und Milliarden da.

Die Arbeiter sagen sodann: wenn Angehörige der freien Berufe und sonstige in leitenden Stellen tätige Menschen eine hohe Lebensversicherung abschließen, so findet man das ganz in Ordnung; wenn für 500 000 bis 700 000 pensionierte Beamte die deutsche Wirtschaft jährlich 1½ bis 1¼ Milliarden Mark an Pensionen aufbringen muß, so findet man das ebenfalls in der Ordnung; wenn aber für 20 Millionen Arbeiter und Angestellte jährlich 5 Milliarden „soziale Lasten“ aufgebracht werden sollen, wovon sich die Arbeiter die Hälfte von ihrem Lohn abhalten lassen müssen, dann wird damit der „Wille zur Arbeit getötet“ und der „Wille zur Gesundheit gekümmert“. Hat man denn keinen Sinn dafür, wie empörend es in Arbeiterkreisen wirken muß, daß man für einige Hunderttausende Beamte 1½ bis 1¼ Milliarden Mark Pensionen aufzubringen für selbstverständlich hält, während, wenn für 20 Millionen Arbeiter und Angestellte ein gleicher Betrag aufgestellt werden soll, dieser Betrag ständig als demoralisierend und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft übersteigend hingestellt wird?

An Grundformen der Arbeitslosigkeit

lassen sich nach Ausführungen Dr. Willekes im Reichsarbeitsblatt drei Arten unterscheiden. Als erste tritt im Wirtschaftsleben die konstante Mindestarbeitslosigkeit auf. Hierunter ist jene Form von Arbeitslosigkeit zu verstehen, die selbst bei günstigster Konjunktur der Wirtschaft in die Erscheinung tritt, die also nicht auf eine periodisch oder nicht periodisch bedingte Sonderverumständung im wirtschaftlichen Ablauf wie z. B. auf Saisonschwankungen zurückzuführen ist, sondern bei der es sich vielmehr um eine ständige, durchaus normale Begleiterscheinung im marktmäßigen Prozeß unserer Wirtschaft handelt. Dieses Vorhandensein einer konstanten Zahl an Arbeitslosen erklärt sich aus dem natürlichen Stellenwechsel, der dem natürlichen Vorratslager entspricht, das wir für alle Wirtschaftsgüter selbst bei günstigster Geschäftslage benötigen. Das Inkritum für Konjunkturforschung bezeichnet diese Erscheinungsform der Arbeitslosigkeit als den „Bewegungsstand des Arbeitsmarktes, der in ähnlicher Weise entsteht, wie etwa bei freier Wohnungswirtschaft infolge Umläge ein Minimum an Wohnungen gegeben ist“, und beziffert die Höhe der konstanten bzw. absoluten Mindestarbeitslosigkeit auf rund 100 000. Die Ergebnisse der Forschung lehren, daß man selbst in der Kriegszeit, also in einer Zeit des chronischen Arbeitermangels, nicht etwa eine Arbeitslosigkeit gleich Null verzeichnen konnte; ebensowenig war die Arbeitslosigkeit auch während der Inflationshochkonjunktur des Jahres 1922 auf den Nullpunkt herabgesunken, nach-

dem im Juli 1922 rund 80 000 Arbeitslose gezählt wurden.

Als zweite Grundform der Arbeitslosigkeit erscheint im Wirtschaftsleben die regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit, wie sie uns alljährlich in der Saisonarbeitslosigkeit entgegentritt. Hier handelt es sich um periodische Schwankungen, die in ihrer zeitlichen Dauer begrenzt und an bestimmte Zeitabschnitte gebunden sind, bedingt entweder durch den Wechsel der Jahreszeiten oder durch kalendarische Termine, wie Zahlungs- oder Abrechnungstermine usw. Diese Saisonarbeitslosigkeit setzt erfahrungsgemäß im November jedes Jahres ein und erstreckt sich über die Monate Dezember, Januar und Februar, um im März wieder abzuflauen. Zur Grundform der regelmäßig wiederkehrenden Arbeitslosigkeit zählt auch die konjunkturelle Arbeitslosigkeit, welche ihre Ursache in dem Bewegungsgesetz, der Wirtschaft hat, daß Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs mit Zeiten des Niederganges im sozusagen ewigen Kreislauf wechseln. Daß sich ein derartiges Auf und Ab in der Bewegung der Wirtschaft auch in der Beschäftigungskurve wieder spiegelt und auf dem Arbeitsmarkt in zunehmender oder abnehmender Arbeitslosigkeit auswirkt, bedarf wohl keines Beweises.

Als dritte Grundform läßt sich die einmalig auftretende Arbeitslosigkeit, sei es als strukturelle, sei es als exogene Arbeitslosigkeit feststellen. Unter struktureller Arbeitslosigkeit versteht man jene negative Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt, die aus einer plötzlichen Umformung in der Wirtschaft erwächst. So z. B. ist die immer mehr um sich greifende Verbesserung der Verkehrsmittel durch Automobil und Flugzeug eine derartige Umformung, die gewisse Gewerbe stark negativ beeinflusst, den Pferdewagenkutscher aussterben läßt, das Wachstumstempo der Eisenbahn verlangsamt usw. Die exogene Arbeitslosigkeit stellt jene Form der einmalig auftretenden Arbeitslosigkeit dar, welche durch außerwirtschaftliche Faktoren wie Krieg oder Revolution usw. bedingt wird. Auch Naturereignisse bzw. Naturkatastrophen wie Überschwemmung, Erdbeben, Stürme usw. können eine Arbeitslosigkeit verursachen. Zu nennen wäre in diesem Zusammenhange weiterhin die durch Streik hervorgerufene Arbeitslosigkeit.

Auf die Frage, welcher dieser drei Grundformen die derzeitige Arbeitslosigkeit Deutschlands zuzuschreiben ist, lautet die richtige Antwort wohl dahin, daß die gegenwärtige Arbeitslosenkurve von der exogenen und strukturellen Arbeitslosigkeit beherrscht wird und durch diese Formen ihr ausgesprochenes Gepräge erhält; denn einerseits leidet unser ganzer Wirtschaftskörper immer noch unter den Nachwirkungen des verlorenen Krieges und andererseits leben wir im Zeitalter der technischen Umwälzung, die durch epochenmachende maschinelle Neuerungen leider nur zu oft ganze Kategorien von Arbeitern der Arbeit und des Verdienstes beraubt.

Ein schöner Erfolg.

Aber den guten Ausfall einer Krankenkassenwahl berichtet die Tabakarbeiter-Zeitung: Bei der Krankenkassenwahl im Kreise Worbis (Eichsfeld) waren von den Versicherten 3 Wahlvorschläge eingereicht. Die Wahlen wurden von unserer Seite gründlich vorbereitet. Am Tage der Wahl wurden die Wahlberechtigten aus den umliegenden Ortschaften in 3 Lastautos zum Wahllokal gebracht. Das Ergebnis dieser Tätigkeit war ein gutes. Es erhielten: Liste 1 Deutscher Gewerkschaftsbund (christliche Gewerkschaften) 407 Stimmen, 26 Mandate; Liste 2 Mencke (Selbe) 54 Stimmen, 3 Mandate; Liste 3 Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (freie Gewerkschaften) 21 Stimmen, 1 Mandat. Ein Bravo den Eichsfeldern!

Nach Arbeitgebertreffen.

Auch ein Unternehmer.

Vor einiger Zeit wurde einem jungen Kollegen unseres Verbandes, welcher in Fulda bei einem Schreinermeister Heinrich Zeller in Arbeit stand, bei seinem Ausscheiden der Restlohn in Höhe von 22.— Mk. vorenthalten. Nachdem ein Vertreter unseres Verbandes diesen Meister auf die Unzulässig-

keit dieser Maßnahme hingewiesen hat, versprach derselbe, unserem Kollegen sofort das Geld ausbezahlen. Nach einiger Zeit stellten wir fest, daß dies nicht geschehen war. Wir verlangten nun nochmals die Zahlung. Als Antwort bekamen wir folgendes Schreiben:

„Bezüglich Ihres Schreibens vom 14. Oktober 1927 teile ich Ihnen mit, daß ich dem Herrn nichts mehr schuldig bin. Den Offenbarungseid habe ich soeben geleistet, jetzt soll er sich holen, wo nichts zu holen ist. Faulenzer und Schuster kann ich keinen Lohn geben, die mich um 140.— Mk. gebracht haben. Verklagen Sie mich.“

Das Urteil über diese Unverschämtheit sowie über diesen Unternehmer überlassen wir den Lesern. Gesagt muß werden, daß sowohl die Arbeiterschaft sowie jeder ehrliche Unternehmer nur wünschen kann, daß solche Elemente aus unserem Wirtschaftsleben bald verschwinden.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Sprachbehörden in der Arbeitslosenversicherung, die über Einsprüche in Unterstützungsangelegenheiten zu entscheiden haben, sind die logische Folgerung aus dem Wesen der neuen Arbeitslosenversicherung als Zwangsversicherung. Nachdem das neue Gesetz dem versicherten Arbeitslosen einen klagbaren Anspruch auf Unterstützung gab, mußte es auch Instanzen schaffen, bei denen der Versicherte im Falle der Verweigerung einer Versicherungsleistung sein vermeintliches Recht darauf erstreiten kann.

Zu diesem Behufe ist bei jedem Arbeitsamt ein Spruchauschuß zu bilden; er besteht aus dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes und je einem der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, die dem Verwaltungsausschuß angehören.

Bei jedem Landesarbeitsamt ist eine Spruchkammer zu bilden bestehend aus dem Vorsitzenden des Oberversicherungsamtes, in dessen Bezirk das Landesarbeitsamt seinen Sitz hat und je einem der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, welche dem Oberversicherungsamte angehören.

Beim Reichsversicherungsamte wird ein Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung geschaffen, der aus einem Vorsitzenden, einem ständigen Mitglied des Reichsversicherungsamtes, einem hinzugezogenen richterlichen Beamten und je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht.

Vor diesen drei Sprachbehörden muß nach den Bestimmungen des Gesetzes in jedem Fall mündlich und öffentlich verhandelt werden. Das schließt — im Gegensatz zum Verfahren besonders in der Krankenversicherung — bedauerlicherweise den Erlaß einer Vorentscheidung durch den Vorsitzenden des Spruchauschusses allein ohne mündliche Verhandlung aus, was im Interesse eines möglichst einfachen Verfahrens vor allem bei leichteren Fällen zu wünschen wäre.

Der moderne Unfallverhütungsgedanke

strebt die Verminderung der Zahl der Betriebsunfälle nicht mehr allein durch Forderung von Schutzvorrichtungen an Maschinen und allen gefahrbringenden Stellen in der Arbeitsstätte an, sondern ebenso durch Aufklärung der Arbeiterschaft in Wort, Schrift und Bild. Gerade der Warnung des Arbeiters durch das Bild hat man in letzter Zeit ganz besondere Beachtung geschenkt. Beim Verband der deutschen Berufsvereinigungen wurde speziell zu diesem Zwecke eine gemeinnützige Unfallverhütungsbild-Gesellschaft m. b. H. ins Leben gerufen, welche bis jetzt etwa drei Millionen Unfallverhütungsbilder auf Kosten der Berufsvereinigungen an die Betriebe verteilt hat und laufend 4 000 Stück von jedem Bild den Berufs- und Fachschulen kostenlos zur Verfügung stellt. Ob die Idee der Unfallverhütung durch Bilder auch Sinn und Zweck hat? Nachdem erfahrungsgemäß Bilder immer anschaulicher wirken als alle Warnungen durch Wort und Schrift, wird man die Frage bejahen müssen. Das umso mehr, als sich nach den Ergebnissen der Statistik nur 25% aller Unfälle durch maschinelle Mängel ereignen, hingegen 75% auf persönliche Ursachen, wie Fahrlässigkeit, Reichtum, Unwissenheit usw. zurückzuführen sind.

Intarsien jeder Art
 Musterbogen gegen 0.50 M.
 in Briefmarken
E. Koller, Heidelberg
 Theaterstraße 711

Achtung!
 Die dritte, bedeutend vergrößerte und verbesserte Auflage des Fachlehrbuches
„Der Beizmeister“
 herausgegeben von E. Ringler, ist im Druck erschienen. Es ist das Werk eines Fachmannes, der damit sein ganzes Können und seine reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der modernen Holzbeizung rückhaltlos in den Dienst der Allgemeinheit stellt. Leicht fäßlich und klar enthält sich das ganze Geheimnis der modernen Beizkunst vor den Augen des Fachmannes. Zahlreiche, für die verschiedenen Holzarten genau erprobte Beizepropte vervollständigen den Text des Buches. Dank seines gediegenen Inhalts dürfte sich „Der Beizmeister“ bald Eingang in jede Werkstätte verschafft haben. Um es jedem Kollegen zu ermöglichen, dieses überaus lehrreiche Buch anzuschaffen, haben wir den Preis für Verbandsmitglieder auf Mk. 4.— festgesetzt. Zu beziehen gegen Nachnahme oder Vorkaufzahlung von Mk. 4.15 durch den Verlag: Ringler & Schneider, München, Westendstraße 19/0.

Wir suchen für unsere Stuhlbauerei baldigst einen tüchtigen, möglichst unverheirateten
Vorarbeiter.
 Derselbe muß sowohl im einfachen wie im besseren Stuhlbau durchaus firm sein.
Rheinische Holzwerke, Neuß a./Rh.
 Gladbacherstr. 426.